

Nabu will Landwirte nicht ausspähen

KRANENBURG (RP) Zur aktuellen Diskussion um eine Anfrage der NABU-Naturschutzstation Niederrhein nach dem Umweltinformationsgesetz beim Kreis Kleve, die Rheinische Post berichtete darüber in ihrer gestrigen Ausgabe, nimmt der 1. Vorsitzende Dr. Volkhard Wille wie folgt Stellung:

Wie jeder Bürger hat auch der NABU das gesetzliche Recht, bei Behörden in Akten Einsicht zu nehmen, um sich darüber ein Bild zu verschaffen, wer welche Umweltressourcen beansprucht oder belastet. Bei der hier zur Diskussion stehenden Anfrage geht es um die Ermittlung der Tierbestände der Landwirtschaft, um daraus entstehende Ammoniak- und Stickstoffemissio-

g
leimat in
Poort



Nabu-Vorsitzender Volkhard Wille.

nen in den von der NABU-Naturschutzstation Niederrhein betreuten Vogel- und Naturschutzgebieten zu berechnen. Dabei geht in keinsteter Weise um die Ausspähung der wirtschaftlichen Situation der Betriebe, sondern um mögliche Einflüsse auf das Schutzgebiet. Wer sich heute über die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Betriebes informieren will, kann im Internet die

EU-Zahlungen an jeden einzelnen Landwirt einsehen und daraus wesentlich genauere Informationen entnehmen als aus einer Bauakte. Die Anfrage wurde den Vertretern der Landwirtschaft im Rahmen der Mediation angekündigt; dort erfolgte kein Widerspruch. Es ist sehr verwunderlich, dass jetzt plötzlich – erst drei Wochen später – ein Proteststurm losgetreten wird. Die Ermittlung des genehmigten Tierbestandes kann auch zu einer Versachlichung der Diskussion führen, da so Spekulationen und Behauptungen Fakten entgegengesetzt werden können. Die Landwirtschaft will Transparenz und Vertrauen gegenüber dem Verbraucher schaffen – hier ist eine gute Gelegenheit.